Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 19.07.2019 Antragsnr.: 114/2019

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: OBM/13

mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Florian Janik Rathausplatz 1 91052 Erlangen



Rathausplatz 1, 91052 Erlangen Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681 e-mail: buero@gl-erlangen.de http://www.gl-erlangen.de

Bürozeiten:

Mo 10-13, 14-18 Di, Mi, Do 10-13

Erlangen, den 19.07.2019

Antrag zum UVPA am 23.07.2019 TOP 15: Klimanotstand - Bürgerversammlungsantrag der Initiative Fridays for Future Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Erlangen wurde der Klimanotstand ausgerufen.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut den Angaben des Weltklimarats IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt sehr wenig Zeit, diesen Klimawandel aufzuhalten und zu verhindern, dass unwiderruflich Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden.

Die Folgeschäden werden dann – wenn sie sich überhaupt beziffern lassen - weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels. Wir fordern konkrete Maßnahmen auf kommunaler Ebene, welche die Vereinbarungen des Pariser Abkommens (Bundesregierung zusgestimmt) und die Begrenzung des Temperaturanstiegs möglichst auf 1,5 °C unterstützen und voranbringen.

Der Verkehr ist für über ein Viertel des CO2-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich. Trotzdem gab es in der Vergangenheit in diesem Bereich im Endeffekt keinerlei Verbesserungen - Einsparungen durch technische Innovationen wurden aufgehoben durch den allgemeinen Zuwachs im Verkehrssektor.

Zur Vorlage 13/330/2019 der Verwaltung stellen wir folgende Änderungsanträge:

- Nr. 3: Der Stadtrat befürwortet das weitere Vorgehen mit der Gründung einer Projektgruppe.
 Dazu wird unmittelbar eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe "Klimaschutz", die referatsübergreifend arbeitet, regelmäßig tagt und den Stadtrat regelmäßig schriftlich über ihren Arbeitsstand in Kenntnis setzt, eingerichtet. Diese Gruppe kann durch externe Expert*innen unterstützt werden.
- Nr. 4.: Der Stadtrat erkennt den Personalbedarf im Amt für Umweltschutz und Energiefragen an. Über die Stellenschaffung wird im Rahmen des Stellenplans entschieden. Die Verwaltung

wird bevollmächtigt, diese Stelle sofort auszuschreiben und zu besetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler (Fraktionsvorsitzender)

F.d.R.: Wolfgang Most

U. West